

# Eine kleine Residenz

## Ein riesengroßer Schwindel

„Eigentum des Vorstandes der SPD“

Durch die Massenverbreitung eines Flugblattes, das inhaltlich eine Rede des Coburger Nazibürgermeisters wiedergibt, soll in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt werden, daß aus Coburg, dank der Tätigkeit der Nazioten, ein Paradies geworden sei. Um von vornherein eine Feststellung zu machen, die notwendig ist, sei gesagt,

**die ganze Erzählung des Nazibürgermeisters Schwede ist eine einzige große Lüge.**

Schwede spricht von einer marxistischen Mehrheit in Coburg, die durch ihre Mißwirtschaft die Finanzen der Stadt vollständig zerrüttet hätte. Das ist eine Lüge.

In Coburg herrschte bis zum Kriegsende, dank eines darauf zugeschnittenen Wahlrechts, der Kommunal-Freistimm.

Erst nach dem Zusammenbruch im Jahre 1919 konnten auf Grund des geänderten Wahl- und Bürgerrechtes Sozialdemokraten in das Rathaus einziehen.

Von 21 Stadtverordneten stellte damals die SPD, 9, denen 12 Demokraten und Deutschnationale gegenüberstanden.

Diese Feststellung ist notwendig, um darzulegen, daß in keiner Phase der Nachkriegszeit die Sozialdemokratie die Mehrheit hatte.

Das Verhältnis änderte sich dann bei den weiteren Wahlen noch zu Ungunsten der SPD. Sie erhielt von den 25 Stadtratsmandaten, die durch den Anschluß an Bayern vorgesehen wurden, nur acht Mandate, sodaß ihnen 17 bürgerliche Stadträte gegenüberstanden, zu denen sich noch vier berufsmäßige Bürgermeister und Stadträte gesellten, die sämtlich bürgerlich waren.

Daß allerdings die Mehrheiten im Stadtrat auch manchmal mit den Marxisten zustande kamen, besagt nur, daß auch in Coburg das Bürgertum in seiner sprichwörtlichen Feigheit sich vor verantwort-

tungsvollen Entscheidungen brückte. Diese Entschlußlosigkeit hat allerdings das Bürgertum büßen müssen, die einst fast uneinnehmbare freisinnige Hochburg ist heute vollständig in der Hand der Nationalsozialisten.

Die finanziellen Verhältnisse der Stadt haben naturgemäß unter dieser Verantwortungslosigkeit gelitten. Staats wurden mehr als einmal überschritten und zehrten die Betriebsmittel der Stadt auf. Der erste Haushaltsplan nach der Stabilisierung der Mark wies einen Ueberschuß von 125 000 Mark auf.

## Nationalsozialisten ziehen in den Stadtrat ein.

Als im Jahre 1924 bei den Neuwahlen zum Stadtrat vier Nationalsozialisten gewählt wurden, schlossen sich diese der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft an. Durch Auseinandersetzungen finanzieller Art, trennten sie sich später wieder von der Arbeitsgemeinschaft. Und dadurch hatten sie sich den Weg zu einer strupellosen Demagogie freigemacht.

Da waren sie in ihren Forderungen und im Bewilligen von Ausgaben jeglicher Art gar nicht unbescheiden; vielfach mußten ihre Forderungen aus finanziellen Unvermögen der Stadt abgelehnt werden. Wäre es nach den Nazis gegangen, die Stadt hätte ihren Bankrott längst anmelden können, denn so systematisch wie sie unmögliche Forderungen stellten, so systematisch verweigerten sie jede Einnahmemöglichkeit, sie wetterten in der ausgiebigsten Form gegen den Steuerbolschewismus, der Handel und Gewerbe vernichte. Sie stimmten gegen jede Abgleichung des Staats.

### Schwede behauptet:

Coburg war durch die Inflation und die Annullierung der innerdeutschen Schulden damals gerade schuldenfrei geworden.

### Wahr ist:

Nach der Inflation verblieb der Stadt Coburg eine Aufwertungsschuld von 1 219 000 Mark.

## Nazis als Geldvermittler.

### Schwede behauptet:

Man trug sich mit den Gedanken, eine Vier-Millionen-Anleihe aufzunehmen. . . . Die Mehrheit der Marxisten und ihr Anhang setzten trotz unseres verzweifeltes Kampfes ihren Willen durch.

### Wahr ist:

Die Nazis, die sich heute als Gegner jeder Anleihepolitik aufspielen, machten damals sogar den Vermittler für einen ihrer Parteigenossen, der Geld verschaffen wollte. Der Stadtrat mußte allerdings diese freundliche Hilfe ablehnen, da das Geld zu teuer war.

Coburg hat wie jede andere Stadt darunter gelitten, daß während der Kriegszeit und in der Inflationzeit wichtige Arbeiten liegen bleiben mußten. Das ist zum Teil nachgeholt worden. Auf Antrag der Sozialdemokratie wurden die gesamten Ueberweisungen aus der Mietzinssteuer zum Wohnungsbau verwandt. Hunderte von Wohnungen wurden dadurch erstellt. Die Maschinenanlage in den städtischen Werken wurde erweitert, hierfür wurden zirka Dreiviertel Millionen Mark aufgewendet, die aus Erträgen der Werke wieder abgedeckt wurden. Beim städtischen Schlachthof wurde ein Kühlhallenneubau errichtet, der etwas über 400 000 Mark Baukosten verursachte. Ein Sommerbad wurde gebaut, mehrere Straßen wurden asphaltiert.

Ein Teil der Arbeiten konnte nur durchgeführt werden, wenn es gelang, die Mittel zu beschaffen.

Die Stadt hatte Gelegenheit, eine günstige Anleihe abzuschließen. Der Betrag von zwei Millionen Mark wurde aufgenommen. Die Nationalsozialisten waren keine grundsätzlichen Gegner der Anleihe. In der Abstimmung stimmten sie gegen die Summe von zwei Millionen, sie wollten nur eine Million Mark bewilligen.

### Die Nazis lügen:

Um die Zinsraten für die Anleihen tilgen zu können, schlidderte nun Coburg von Anleihe zu Anleihe. 1928 war es schließlich so weit, daß die Stadt daran denken mußte, ihre städtischen Werke zu verpfänden.

### Wahr ist:

**Coburg hat keine Anleihen für seine Zinszahlungen aufgenommen,  
Coburg hat nie daran gedacht, seine städtischen Werke zu verpfänden.**

Eine Verpfändung der Werke kam und kommt nicht in Betracht, da diese wie ja auch alle sonstigen Werte der Stadt gemeinschaftliche Unterpfind der städtischen Anleihe sind.